



## Diese Woche:

Seite 2 :  
Haushaltsdebatte 2018

## Liebe Leserinnen und Leser,

die Haushaltswoche war geprägt von der allgemeinen Finanzdebatte zum zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts für 2018. Insbesondere standen die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der Bundesregierung mit ihren Ressorts im Fokus dieser Debatte. Bei den nun vor uns liegenden Beratungen zum Haushalt werden wir die Steuerschätzung der vergangenen Woche berücksichtigen, wonach die Ausgabenspielräume des Bundes bis 2022 noch einmal um insgesamt 10,8 Milliarden Euro ansteigen werden. In dieser Woche habe ich meinen Redebeitrag zur allgemeinen Finanzdebatte und zur Einbringung der Etats des Bundesfamilienministeriums im Plenum des Deutschen Bundestag gehalten. Meine Schwerpunkte waren neben positiven

Erläuterung der familienpolitischen Leistungen auch die Forderung zur Entlastung der Bürger in unserem Land.

## Herzliche Grüße

*Ihr*



Seite 3:  
Generationsgerechter Haushalt eröffnet Spielräume



Seite 4:

Abschiebe-Saboteure versuchen, unsere Gerichte zu überrennen





# Haushaltsdebatte 2018

## Alois Rainer Rede Deutscher Bundestag am 15. Mai

Die wirtschaftlich gute Situation in Deutschland ermöglichen zusätzliche Investitionen und steuerliche Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger! Unterstützt wird dies ausdrücklich durch die Prognose des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom vergangenen Mittwoch. Wir haben gesamtstaatliche Steuermehreinnahmen von rd. 63,3 Milliarden Euro zu erwarten. Davon profitieren insbesondere auch Länder und Kommunen.

Im Folgende können Sie sich gern den ganzen Redebeitrag anschauen:



[Hier  
klicken:](#)

## Ausgaben der Bundesregierung 2018:

- ◆ Bundesministerium für Bildung und Forschung: **17,586 Mrd. Euro**
- ◆ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: **139,763 Mrd. Euro**
- ◆ Bundesministerium für Gesundheit: **15,2 Mrd. Euro**
- ◆ Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: **782 Mio. Euro**

## Ausgaben der Bundesregierung 2018:

- ◆ Ausgaben der Bundesregierung im Jahr 2018 insgesamt : **341 Mrd. Euro**
- ◆ Gesamtstaatliche Steuermehreinnahmen von **63,3 Mrd. Euro bis 2022**
- ◆ Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat : **13,759 Mrd. Euro**
- ◆ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: **643 Mio. Euro**
- ◆ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: **10,2 Mrd. Euro**

## Alois Rainer Rede Deutscher Bundestag am 17. Mai

In meiner Rede zum Familienetat am Donnerstag lag der Fokus darauf, Menschen, Familien und Kinder wirksam zu unterstützen und zu fördern. Seit Beginn der Unionsregierung haben sich die familienpolitischen Leistungen von rund 4,5 Mrd. Euro auf jetzt 10,2 Milliarden Euro mehr als verdoppelt.

Der Einzelplan des Bundesfamilienministeriums steigt in 2018 um 691 Millionen Euro auf 10.2 Milliarden Euro an.

Im Folgende können Sie sich gern den ganzen Redebeitrag anschauen:



[Hier  
klicken:](#)



# Generationengerechter Haushalt eröffnet zusätzliche Spielräume

**Der 2. Regierungsentwurf zum Haushaltsplan 2018 kommt erneut ohne Neuverschuldung aus.**

Die Steuerschätzungen der vergangenen Woche zeigen, dass sich für den Finanzzeitraum vom 2018 bis 2022 zusätzliche haushaltstechnische Spielräume ergeben haben.

Gesamtstaatlich betragen die kumulierten Steuermehreinnahmen 63,3 Milliarden Euro bis 2022. Das heißt, dass dem Bund ein zusätzlicher Spielraum von 10,8 Milliarden Euro im Bundeshaushalt zur Verfügung steht. Die zusätzlichen Mittel ergeben sich aus der letzten Steuerschätzung vom November 2017 im Vergleich zur aktuellen Schätzung vom Mai 2018.

Die erneuten Steuermehreinnahmen verdanken wir der anhaltenden guten Wirtschafts- und Beschäftigungslage in unserem Land. Es ist aber auch das Ergebnis einer guten Finanz- und Wirtschaftspolitik der unionsgeführten Bundesregierung der vergangenen Jahre.

Bei gleichzeitigen Investitionen und steuerlichen Entlastungen fällt erstmals seit 2002 die Schuldenstandsquote in der aktuellen Projektion im Jahr 2019 wieder unter den Grenzwert von 60 % des Bruttoinlandsprodukts. Durch eine geringe Schuldenlast schafft die Bundesregierung finanzielle Spielräume und sorgt dafür, dass die Schuldenlast für die künftige Generation nicht weiter ansteigt.

Gleichzeit werden die Ausgaben für Investitionen im Bundeshaushalt nochmals steigen. Bis 2021 betragen die Investitionen insgesamt über 146 Mrd. Euro. Bereits im Haushalt 2018 werden investive Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 3 Mrd. Euro auf 37 Mrd. Euro anwachsen.

Im Weiteren konnten die prioritären Maßnahmen mit einem finanziellen Volumen in Höhe von 46 Milliarden Euro in

sechs Schwerpunktbereichen definiert werden. Insgesamt bestehen die gesamtstaatlichen Entlastungen für Steuerzahler, Familien und Arbeitnehmer in dieser Legislaturperiode 62,7 Milliarden Euro. Schon in 2019 werden Familien und Arbeitnehmer mit 12,1 Milliarden Euro entlastet.

Mit den zusätzlichen Steuermehreinnahmen wollen wir zum einen den Digitalfonds mit insgesamt 2,4 Milliarden Euro in 2018 vorfinanzieren, und zum anderen wollen wir den Abbau der kalten Progression ab Januar 2019 weiter fortsetzen. Die Verwendung von 2,4 Mrd. Euro für die Finanzierung des Digitalfonds stellt darüber hinaus auch aus Sicht der Unionsfraktion die richtigen Weichen, um die Digitalisierung der Schulen und den Breitbandausbau in Deutschland zu forcieren.



Foto: picture alliance/Wolfgang Kumm/dpa

Weitere finanzielle Spielräume, so regelt es der Koalitionsvertrag, werden prioritär für die Bereiche Verteidigung und Entwicklungspolitik im Verhältnis eins zu eins zur Verfügung gestellt. Dieses werden wir zwingend einfordern. Es ist wichtig, dass die Bundeswehr, die dringend eine bessere Ausrüstung benötigt, auch die Ausrüstung erhält, die sie zur Erfüllung ihrer Einsätze braucht.

Alles in allem ist der 2. Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt mit einem Volumen von 341 Milliarden Euro aus meiner Sicht ein zunächst guter Entwurf, denn er verknüpft Entlastung mit Investitionen und Zukunftsorientierung mit Solidität. Daher werden wir nicht nur für die anstehenden Beratungen sondern auch die zukünftigen Haushalte genau darauf achten, dass sich die positive Entwicklung einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik weiter fortsetzt.



# "Abschiebe-Saboteure versuchen, unsere Gerichte zu überrennen"

**Alexander Dobrindt legt gegen die militante Anti-Abschiebe-Industrie noch einmal nach.**

*Was verstehen Sie unter der Anti--Abschiebe-Industrie?*

Eine unsägliche Allianz von Zwangsideologen und Partikularinteressen, die durch Klagewellen versucht, Abschiebungen zu verhindern und die Durchsetzung des Rechtsstaates zu sabotieren. Diese Allianz arbeitet nicht für das Recht auf Asyl, sondern gegen den gesellschaftlichen Frieden.

*In Deutschland darf jeder -gegen Entscheidungen klagen. Stellen Sie den Rechtsstaat infrage?*

Das Gegenteil ist der Fall. Die Anti-Abschiebe-Industrie nutzt die Mittel des Rechtsstaates, um ihn durch eine bewusst herbeigeführte Überlastung von innen heraus zu bekämpfen. 2015 wurden unsere Grenzen überrannt, jetzt versuchen Abschiebe-Saboteure das Gleiche mit unseren Gerichten. Dabei wird in Kauf genommen, dass jede nicht vollziehbare Abschiebung die Integrationsfähigkeit unseres Landes weiter gefährdet – und im Falle von kriminellen Asylbewerbern auch unsere Bevölkerung direkt beeinträchtigt. Wer die Abschiebung von kriminellen Flüchtlingen mit Klagen verhindern will, stellt den Schutz der Täter über den Schutz der Bürger. Ich erwarte, dass wieder mehr über die Rechte derjenigen geredet wird, die hier leben. Es gibt auch ein Recht der Bevölkerung auf den Schutz vor Kriminellen. Diejenigen, die durch Klagen kriminelle Asylbewerber weiter im Land halten, missachten dieses Recht.

Weitere Details zum Interview können Sie unter dem folgenden Link nachlesen:

[Interview Alexander Dobrindt](#)



## Ausrüstung statt Aufrüstung

Angesichts der zunehmenden Krisenherde in der Welt hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklung gerechtfertigt. In der Generalausprache des Bundestages zum Haushalt 2018 sagte Merkel, Deutschland brauche eine Bundeswehr, „die den heutigen Anforderungen Rechnung trägt“. Man müsse auch stärker in die Digitalisierung investieren, forderte sie, denn: „Von der Digitalisierung hängt das Wohlstandsversprechen ab.“

**„Wir werden nicht lockerlassen“**

Auch Volker Kauder, sprach sich für mehr Investitionen in die Bundeswehr und die Entwicklungszusammenarbeit aus. Die Bundeswehr müsse „in einen Zustand kommen, der auch ihren Aufgaben entspricht“, sagte Kauder. „Da werden wir nicht lockerlassen.“ Es gehe nicht an, dass der Wehrbeauftragte die mangelhafte Ausrüstung der Truppe kritisiere, der Koalitionspartner aber nicht die nötigen Mittel für eine Verbesserung bewilligt.



Für Sie erreichbar...

in Berlin:  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 / 227 77420  
E-Mail: [alois.rainer@bundestag.de](mailto:alois.rainer@bundestag.de)

im Wahlkreis:  
Schulstraße 1  
94353 Haibach  
Telefon: 09963 / 943 9494  
E-Mail: [alois.rainer.wk@bundestag.de](mailto:alois.rainer.wk@bundestag.de)